

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Bundesratspräsident a. D. Prof. Gottfried Kneifel

Geschäftsführer IWS

DDr. Paul Eiselsberg

Prokurist IMAS International

am 8. Juni 2018

zum Thema

**Demokratie und Mitbestimmung – so denken die
Österreicherinnen und Österreicher**

Eine aktuelle IMAS-Umfrage im Gedenkjahr 2018

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl**Demokratie und Mitbestimmung den Menschen wieder näherbringen**

Im heurigen Gedenkjahr hat der Oö. Landtag bewusst den Themenbereich Demokratie und Demokratievermittlung in den Mittelpunkt gestellt.

„Wir können auf 100 bewegte Jahre seit der Gründung der Republik zurückblicken. Die Entwicklung einer stabilen Demokratie war die Basis für breiten Wohlstand und persönliche Freiheit. Obwohl es uns objektiv gesehen noch nie so gut gegangen ist wie heute, haben wir es mit einer Vertrauenskrise zu tun. Nicht nur in die aktuelle Politik und die politischen Akteure, sondern auch in die Demokratie an sich. Dem müssen wir konsequent entgegensteuern und wieder Begeisterung für Demokratie und Mitbestimmung schaffen. Denn - wie einst der Erste Reichspräsident der Weimarer Republik Friedrich Ebert schon erkannte - Demokratie braucht Demokraten“, ist Landtagspräsident Sigl überzeugt.

Die aktuelle IMAS-Studie „Die Demokratie in den Augen der Bevölkerung“ zeigt, dass für einen Großteil der Österreicherinnen und Österreicher Demokratie aus der Teilnahme an Wahlen besteht. „Demokratie ist aber weit mehr als die Abgabe eines Stimmzettels. Sie begleitet uns tagtäglich - in der Schule, im Beruf und im Familienleben - und lebt von Engagement und Begeisterung. Deshalb müssen wir Demokratie und Mitbestimmung stärken und vor allem den Menschen wieder näherbringen“, so Sigl.

Vor allem die Jugend ist für Vitalität und Stabilität einer zukünftigen demokratischen Ordnung besonders wichtig. Sie muss sich mit den demokratischen Werten identifizieren und sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung einsetzen und engagieren. Für Landtagspräsident Sigl sind hierbei vor allem die politischen Akteure und die Pädagoginnen und Pädagogen gefragt: „Der Sozialphilosoph Oskar Negt brachte es auf den Punkt: ‚Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss, alle anderen bekommt man so‘. Bildungseinrichtungen müssen Demokratieerfahrungen im Alltag ermöglichen und die Lebenslagen junger Menschen in den Mittelpunkt stellen. Demokratiebildung benötigt aber auch gute Rahmenbedingungen, wie gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte und genügend Raum und Zeit“, so Landtagspräsident Sigl.

Bundesratspräsident a. D. Prof. Gottfried Kneifel, IWS-Geschäftsführer**Demokratie und soziale Marktwirtschaft brauchen permanente Pflege und Übung**

„Demokratie ist kein Selbstläufer, daher sind laufende Pflege und Aktualisierung unabdingbar“, betont Gottfried Kneifel, Geschäftsführer der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) und als ehemaliger Präsident des Bundesrates Kenner der demokratischen und parlamentarischen Prozesse. „Wirtschaftlicher Wohlstand und Sicherheit verleiten allerdings verstärkt zur Vernachlässigung von Demokratie.“

Soziale Marktwirtschaft, Demokratie und Parlamentarismus tragen wesentlich zu Frieden, Freiheit und Lebensqualität bei. Arbeitslosigkeit, soziale Not und Ängste sind hingegen Wegbereiter radikaler Systeme und diktatorischer Regierungsformen.

Immer mehr Personen wollen zwar die Rechte der Demokratie in Anspruch nehmen, sie wollen sich aber immer weniger engagieren und den Pflichten der Demokratie nachkommen. Trotzdem sagen zwei Drittel der Befragten, dass „aktuell zu wenig demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten vorhanden sind und mehr Volksabstimmungen bzw. Volksbefragungen durchgeführt werden sollen. (68 Prozent sind „voll“ bzw. „einigermaßen“ dafür). Den Bundesländern und den Gemeinden kommt daher eine zentrale Rolle für den Wirtschaftsstandort Österreich zu.

Bemerkenswert! Ein Ergebnis der IMAS-Studie lässt aus aktuellem Anlass – wie Linzer Westring, Donaubrücken, 110-KV-Leitungen, etc. – aufhorchen: Trotz verzögerter Genehmigungsverfahren ist eine Mehrheit gegen eine zeitliche Einschränkung der Rechte von Anrainer/innen. Allerdings besteht im urbanen Bereich/Ballungsraum fast eine Pattstellung der beiden Meinungspole.



GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FORSCHUNG:

DIE DEMOKRATIE IN DEN AUGEN DER BEVÖLKERUNG
– ANSICHTEN, BETEILIGUNG UND GRENZEN

Forschungsziel	Ziel dieser empirischen Untersuchung war es, die Ansichten und Einstellungen der Österreicher im Hinblick auf die Demokratie in Österreich und auf internationaler Ebene demoskopisch zu erheben. Fokus lag dabei auf dem grundsätzlichen Demokratieverständnis, der Wahrnehmung unterschiedlicher Staats- und Wirtschaftssysteme, dem persönlichen politischen und gesellschaftlichen Engagement der Österreicher sowie dem Eindruck der Demokratie in Österreich.
Methode	Persönliche Interviews (face-to-face), Mehr-Themen-Umfrage (MTU/Omnibus)
Sample	n=1.086 ; repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre
Schwankungsbreite	Die maximale Schwankungsbreite für diese Gruppe beträgt +/- 3,16 Prozentpunkte bei einem Signifikanzniveau von 95,45 Prozent.
Feldarbeit	Die Interviews wurden von 17. Jänner bis 7. Februar 2018 erhoben.

Spontane Assoziationen mit dem Begriff 'Demokratie'

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

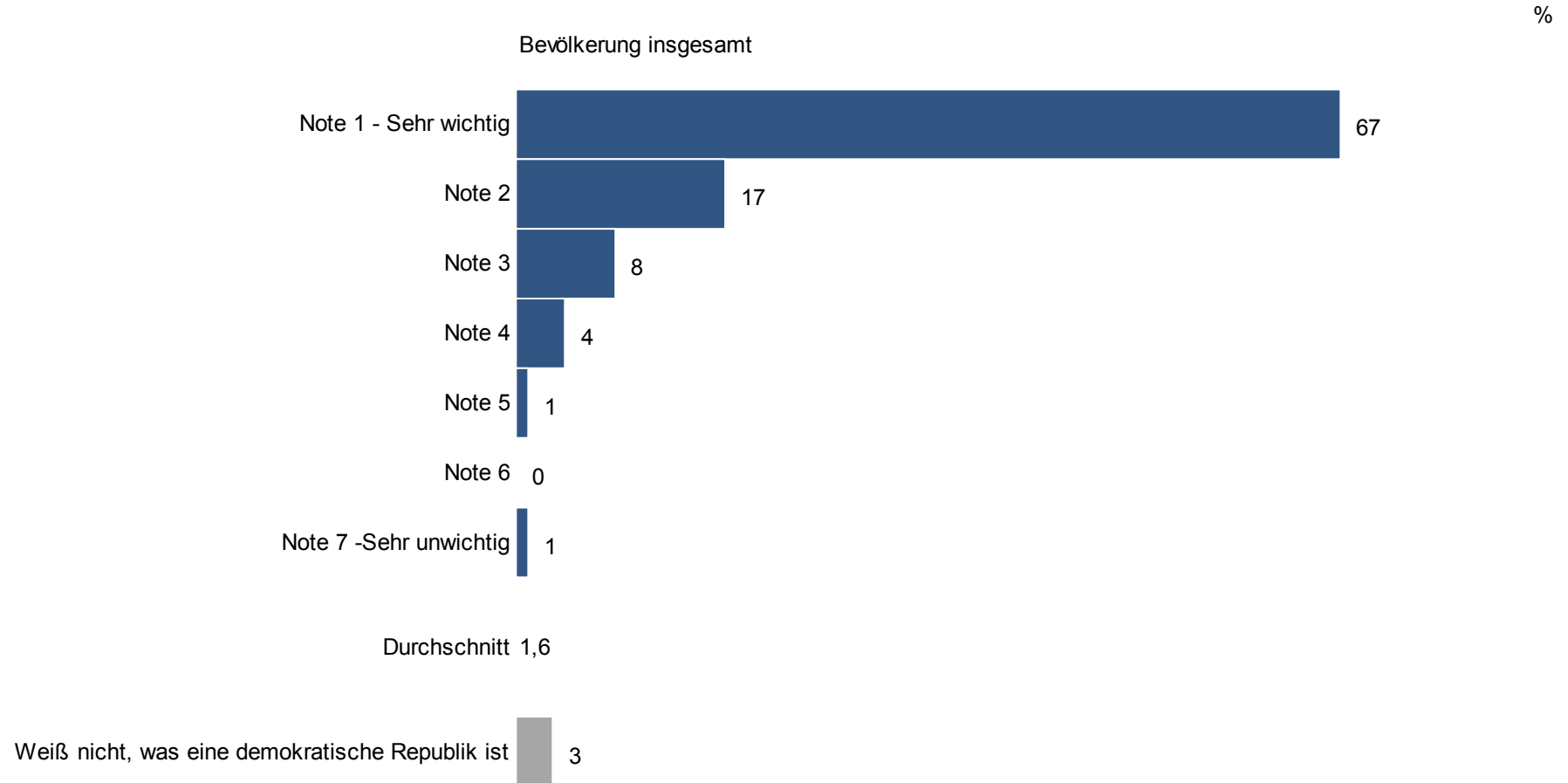
Frage 1: "Wenn Sie an den Begriff 'Demokratie' denken. Was verbinden Sie gedanklich mit diesem Begriff? Bitte sagen Sie mir ein paar Stichwörter dazu!" (offene Fragestellung)



■ Bedeutung der Verankerung der demokratischen Republik in der Verfassung

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

Frage 2: "Österreich ist laut seiner Verfassung eine demokratische Republik. Wie wichtig ist Ihnen diese Aussage der österreichischen Verfassung auf einer Skala von 1 bis 7? 1 würde bedeuten 'sehr wichtig', 7 würde bedeuten 'sehr unwichtig'. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstimmen."



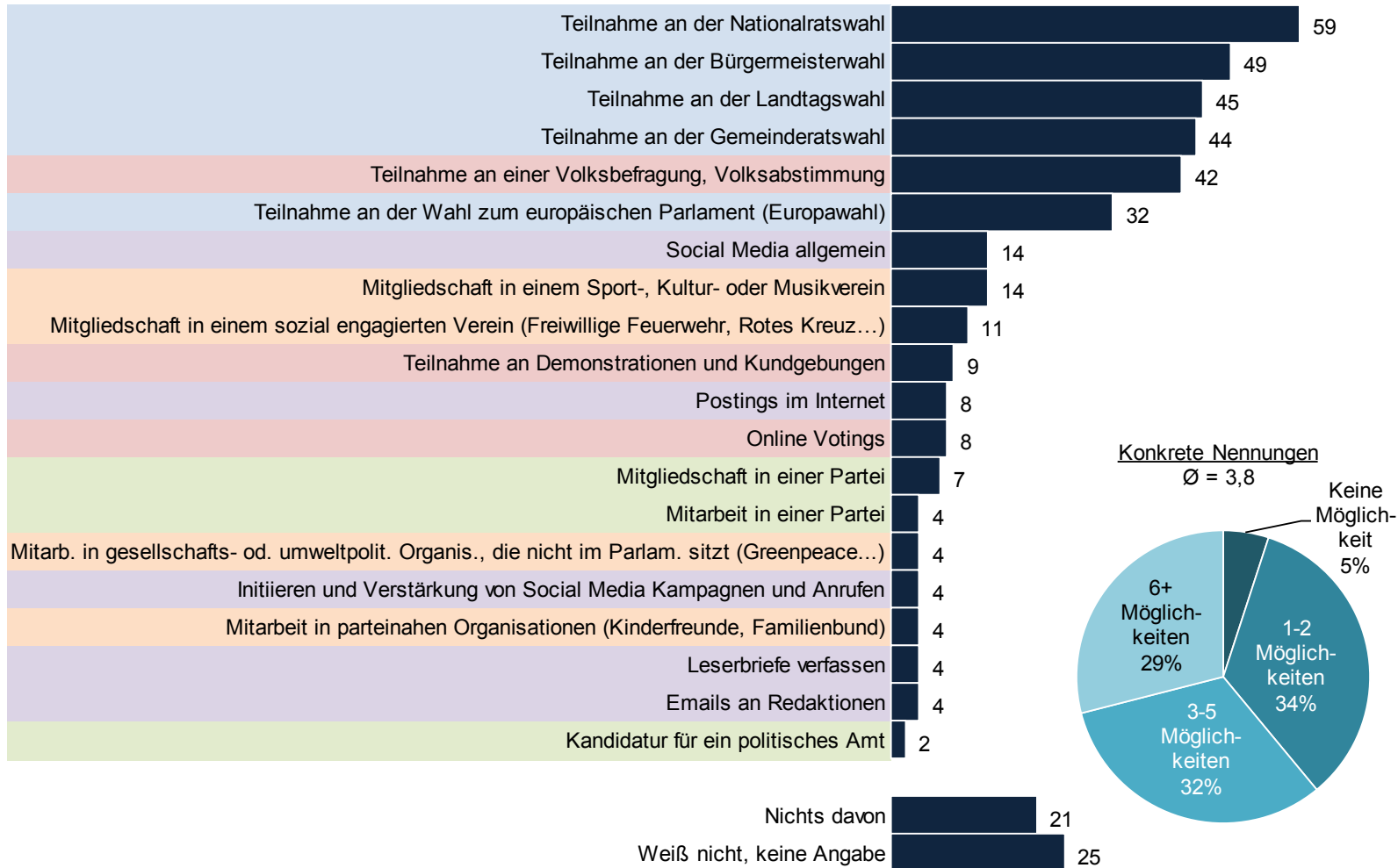
Genutzte Möglichkeiten politischen und gesellschaftlichen Engagements

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

Frage 9: "Welche der folgenden Möglichkeiten nutzen Sie bereits, um sich in Ihrer Freizeit politisch bzw. gesellschaftlich zu engagieren?"

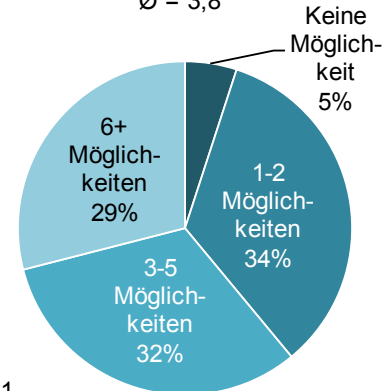
%

Bevölkerung insgesamt

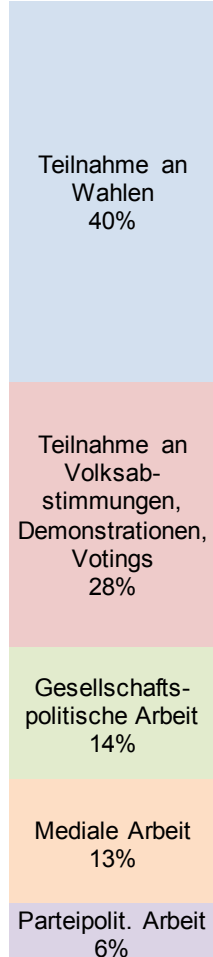


Konkrete Nennungen

Ø = 3,8



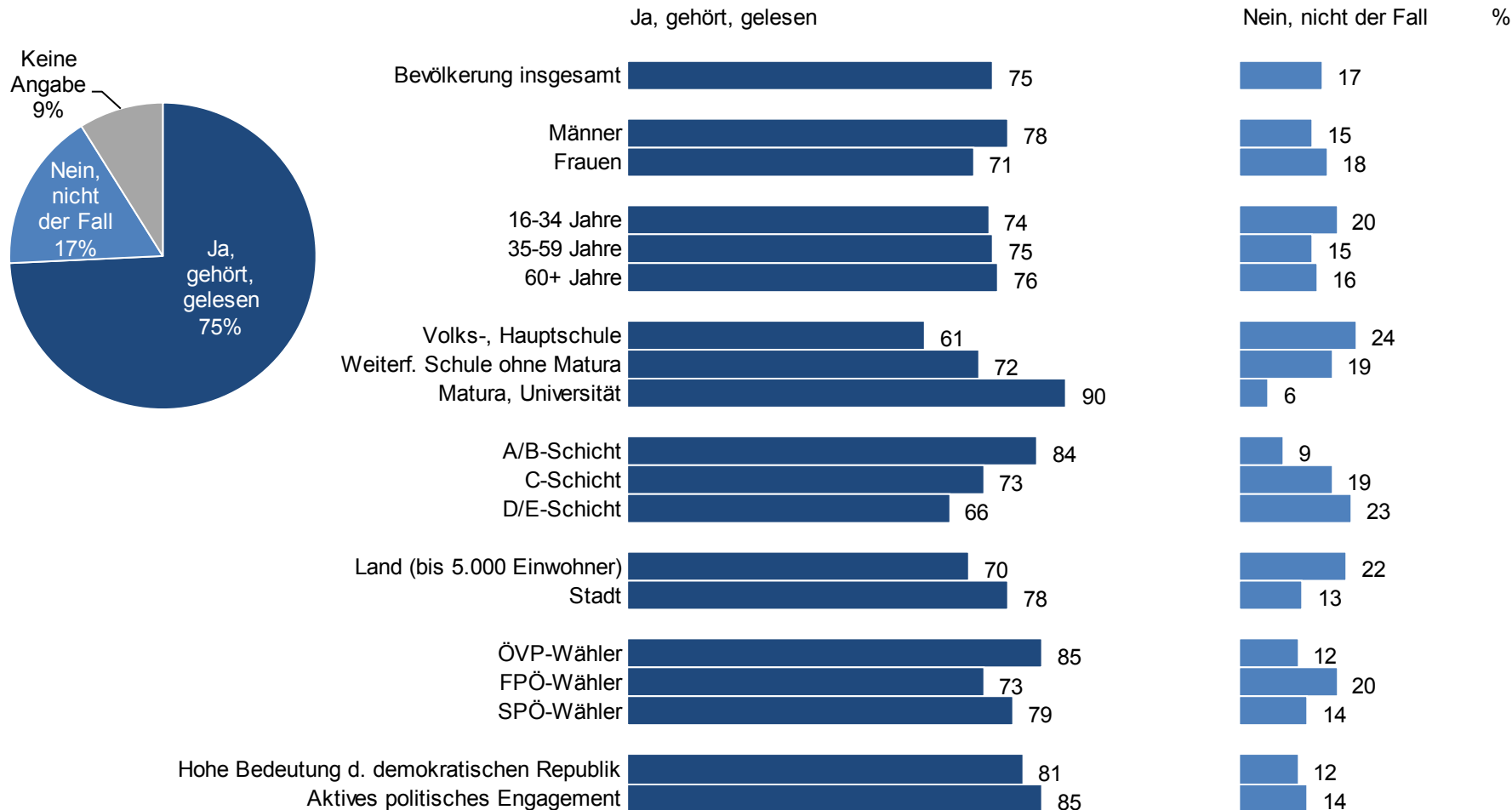
Shares



Kenntnisstand demokratischer vs. autoritärer Staats- und Wirtschaftssysteme

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

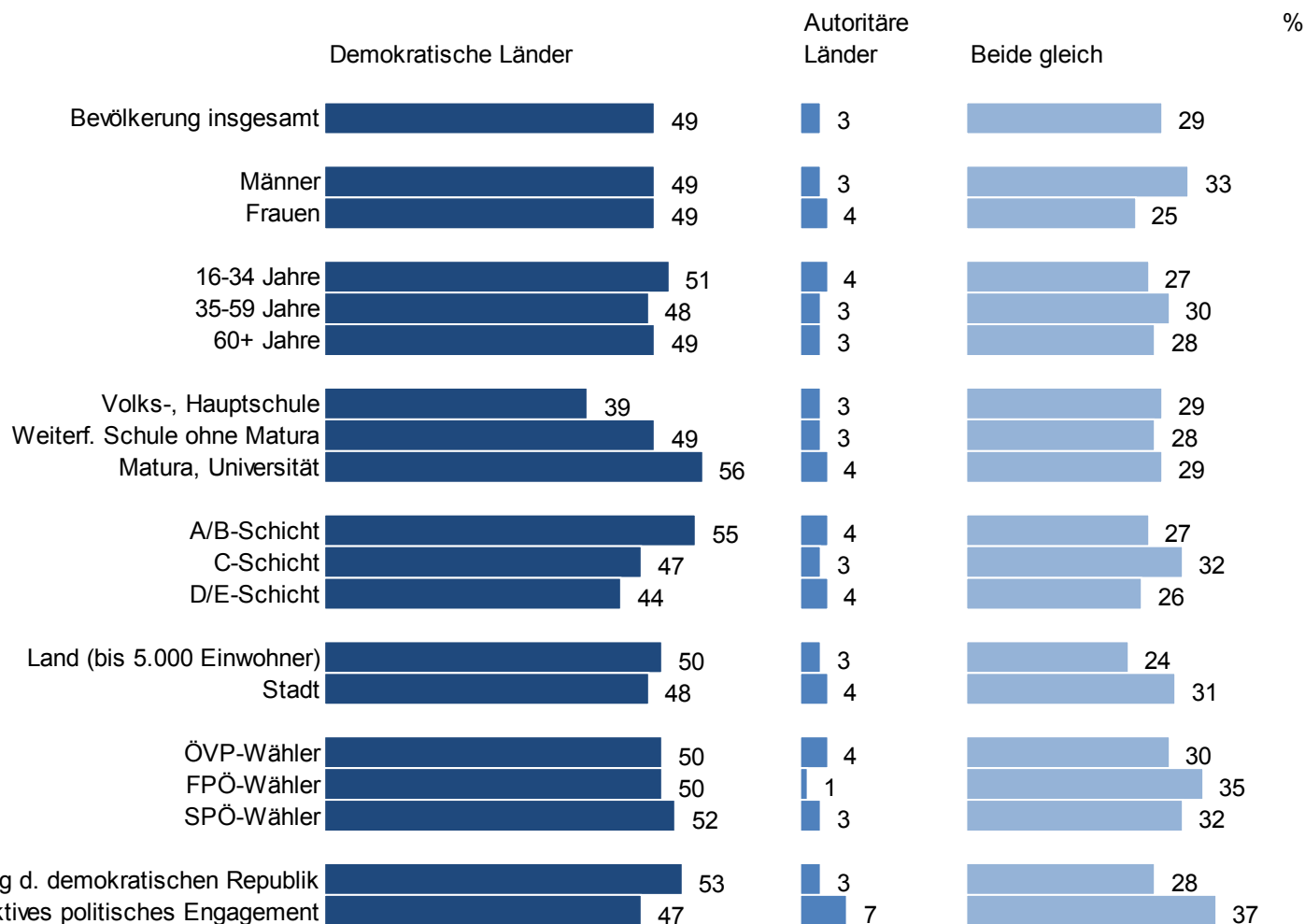
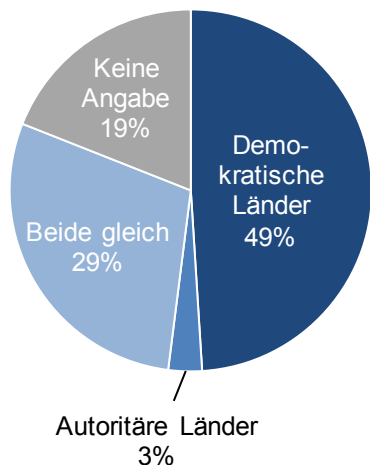
Frage 5: "Unterschiedliche Länder auf dieser Welt haben oft auch verschiedene Staats- und Wirtschaftssysteme. Manche sind eher demokratisch, wodurch die Bürger die Politik durch Wahlen bestimmen können. Andere Länder wiederum sind eher autoritär und haben meist nur ein sehr eingeschränktes Wahlrecht und weniger Freiheiten für die Bürger. Haben Sie davon schon einmal gehört oder gelesen, oder ist dies nicht der Fall?"



Wirtschaftlicher Erfolg in demokratischen vs. autoritären Staaten

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

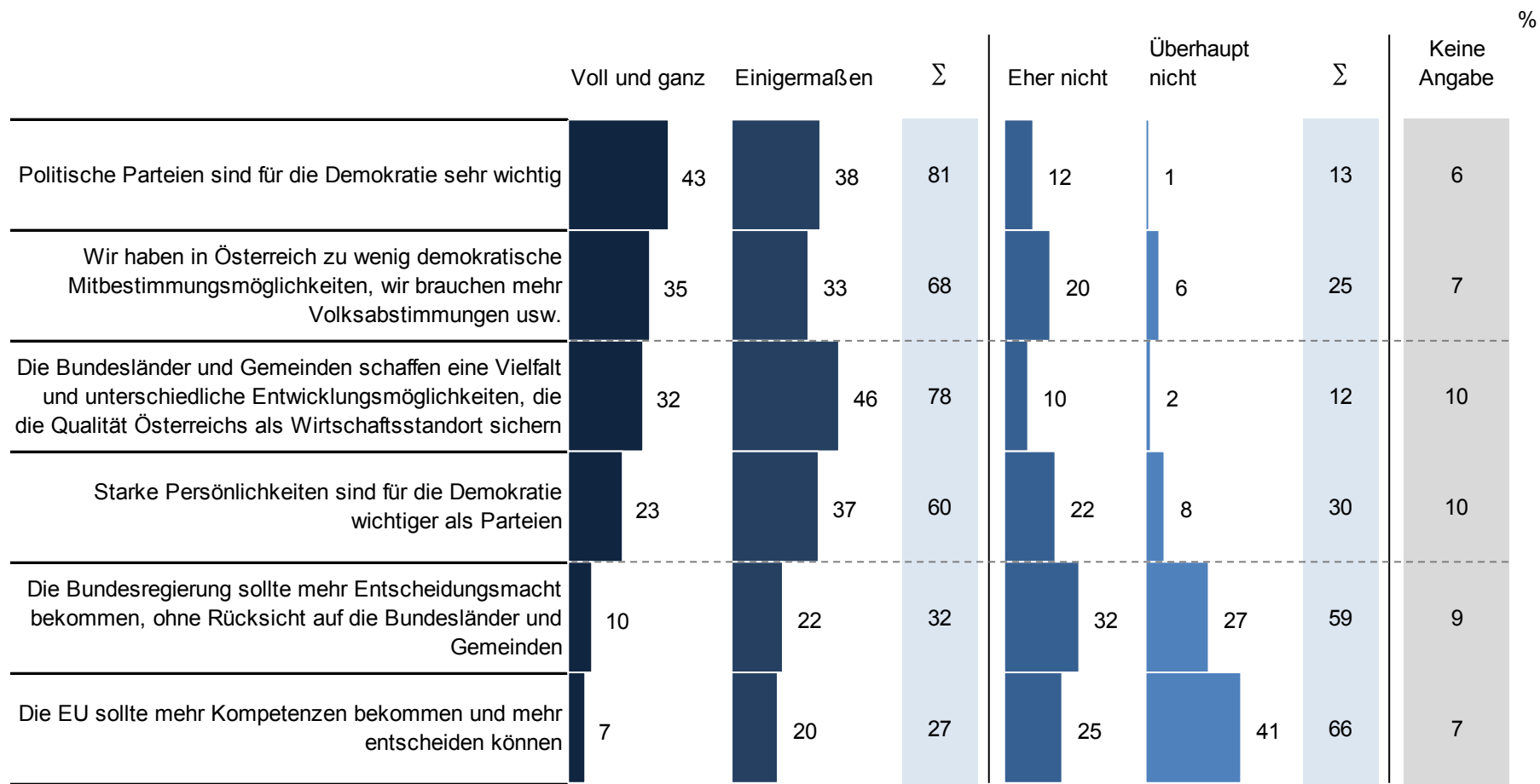
Frage 7: "Wenn Sie nun nur an den aktuellen, wirtschaftlichen Erfolg dieser genannten Länder denken: Glauben Sie, dass eher demokratische Länder oder eher autoritäre Länder wirtschaftlich erfolgreicher sind? Was meinen Sie?"



Aussagen rund um die Demokratie in Österreich

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

Frage 11: "Welchen der folgenden Aussagen, die ich Ihnen gleich vorlesen werde, würden Sie voll und ganz, einigermaßen, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen?"

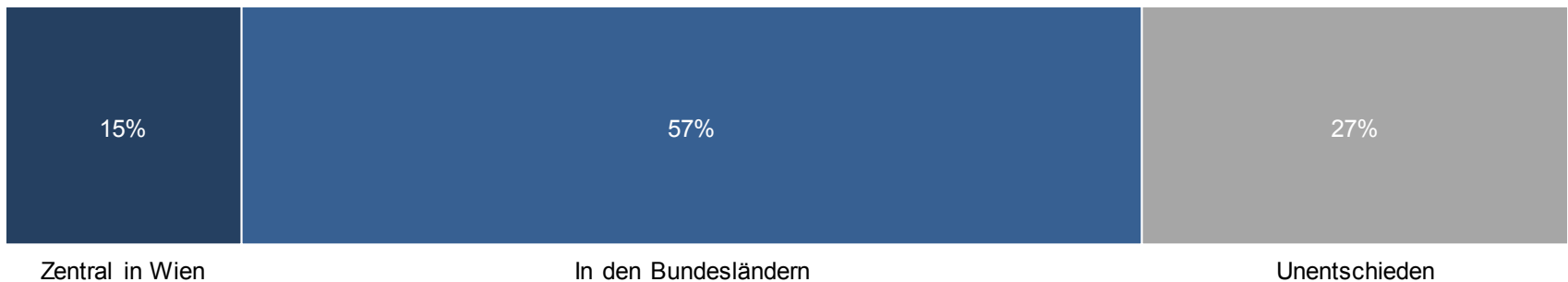


Zentralisierung vs. Dezentralisierung bundesländerspezifischer Angelegenheiten

Basis: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

Frage 10: "Hier sehen Sie zwei unterschiedliche Aussagen über ein politisches Thema. Welche der beiden sagt eher das aus, was auch Sie denken? Klicken Sie die entsprechende Antwort bitte selbst an!"

- Ich bin dafür, dass die Angelegenheiten der Länder und Gemeinden von der Bundesregierung in Wien aus zentral geregelt werden
- Ich bin dafür, dass die Bundesländer ihre eigenen Angelegenheiten in erster Linie selbst regeln
- Unentschieden



Der Begriff 'Demokratie' ist im Bewusstsein der Bevölkerung klar verankert, vorrangig positiv besetzt und wird vor allem mit dem Wahlrecht assoziiert

- Im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung ab 16 Jahren herrscht ein **klares Verständnis des Begriffs "Demokratie"**; beinahe alle Untersuchungsteilnehmer können hierzu im demoskopischen Interview gedankliche Assoziationen abgeben. Im Durchschnitt werden **1,6 unterschiedliche Aspekte** genannt.
- Dabei haben die Österreicher am stärksten eine **gedankliche Brücke zwischen Demokratie und freien Wahlen** geschlagen: Drei von zehn Befragten assoziieren mit dem Begriff "Demokratie" das Wahlrecht, freie Wahlen bzw. den Umstand, dass das Volk seine Vertreter wählt. Auf einer weiteren Ebene folgen die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, das Mitsprache- bzw. Mitbestimmungsrecht, die Volksherrschaft bzw. das Recht, das vom Volk ausgeht, die Politik bzw. Politiker oder politische Parteien allgemein sowie der Hinweis auf bestimmte Länder, wie beispielsweise Österreich oder Deutschland.
- Bereits die spontanen Assoziationen lassen darauf schließen, dass der **Begriff "Demokratie" im Bewusstsein der Österreicher grundsätzlich positiv besetzt** ist, beispielsweise wird die Demokratie teilweise als gute Regierungsform bezeichnet oder mit Zusammenhalt und Sicherheit bzw. Friede in Verbindung gebracht.

Die Bedeutung der demokratischen Republik ist beinahe unumstritten: Zwei Drittel der Österreicher erachten diesen Status als sehr wichtig

- Die Definition Österreichs als demokratische Republik in der Bundesverfassung, ist für die Österreicher von höchster Bedeutung: Auf einer Skala von 1-7 vergeben zwei Drittel der Untersuchungsteilnehmer (67%) die Note 1 und erachten diese Aussage dementsprechend als sehr wichtig. Nur eine absolute Minderheit von 2 Prozent misst diesem Status der demokratischen Republik eine eher geringe bzw. überhaupt keine Bedeutung bei (Note 5, 6 oder 7).
- Die Verankerung der demokratischen Republik in der Verfassung wird von sämtlichen untersuchten soziodemografischen Untergruppen mehrheitlich als sehr wichtig angesehen. Dennoch zeigen sich gewisse Tendenzen. So ist ein Gefälle in den Bildungsgruppen und sozialen Schichten erkennbar, wonach Angehörige höherer Bildungs- und sozialer Schichten der demokratischen Republik eine höhere Bedeutung beimessen als ihre sozialen Gegengruppen.

Die Teilnahme an Wahlen ist die häufigste Form politischen Engagements

- Die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren macht insbesondere von ihrem **Wahlrecht** Gebrauch, um sich politisch bzw. gesellschaftlich zu engagieren. Dabei wird vor allem die **Nationalratswahl** besonders stark wahrgenommen, während die Beteiligung an der Europawahl in der Regel deutlich geringer ausfällt. Neben der Stimmabgabe bei Wahlen nehmen rund zwei Fünftel der Befragten (42%) grundsätzlich auch an **Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen** teil.
- Weitere – vergleichsweise "aktivere" – Formen des sozialen und politischen Engagements werden von einem deutlich geringeren Anteil der Österreicher bereits ausgeübt; am ehesten engagiert man sich via Social Media oder ist Mitglied in einem Sport-, Kultur-, Musikverein bzw. einem soziale engagierten Verein. Wiederum zeigt sich ein deutliches Bildungsgefälle, wonach Menschen mit höherer Bildung deutlich mehr Möglichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Engagements wahrnehmen als ihre sozialen Gegengruppen.

Unterteilung in demokratische und autoritäre Staats- und Wirtschaftssysteme ist drei Viertel der Bevölkerung bekannt, zudem herrscht eine klare Differenzierung zwischen unterschiedlichen Ländern

- Die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren zeichnet sich nicht nur durch ein klares Begriffsverständnis im Hinblick auf die Demokratie aus, sondern auch durch einen **hohen Kenntnisstand** hinsichtlich der **Unterscheidung zwischen demokratischen und autoritären Staats- und Wirtschaftssystemen**: **Drei Viertel** der Bevölkerung (75%) haben von dieser Unterteilung bereits gehört bzw. gelesen.
- Dabei zeigt sich ein klares Gefälle in den Bildungs- und sozialen Schichten, wonach Befragte mit höherer Bildung bzw. aus den oberen sozialen Schichten einen höheren Kenntnisstand im Hinblick auf diese Kategorisierung der Staats- und Wirtschaftssysteme aufweisen.
- Neben der allgemein hohen Kenntnis zeichnet sich die Bevölkerung auch durch eine **äußerst differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Staats- und Wirtschaftssysteme** aus. Die Abfrage von zwölf Ländern zeigt klare Abstufungen und Konturen in der Wahrnehmung der Österreicher auf. So gelten **Österreich, Deutschland, Schweden, England und die USA** als eindeutig **demokratisch**, während **Nordkorea, Ghana, die Türkei, China und Südafrika** sehr stark als autoritäre Staats- und Wirtschaftssysteme angesehen werden. Bei Brasilien und Japan zeichnet sich hingegen ein gespaltenes Meinungsbild ab. Grundsätzlich ist anzumerken, dass Brasilien von einem Drittel der Befragten (32%) und Ghana von zwei Fünftel der Befragten (41%) nicht beurteilt werden können.
- Dieses Bewusstseinsbild erstreckt sich über unterschiedlichste soziodemografische Gruppen.

Politische Parteien gelten als wichtiger Bestandteil der Demokratie; Ruf nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten; Autonomie der Bundesländer & Gemeinden auf Bundesebene sowie der Mitgliedsstaaten auf EU-Ebene wird weiterhin gewünscht

- Die Österreicher sind sich einig: **Politische Parteien sind für die Demokratie sehr wichtig**. Zwei Fünftel der Befragten (43%) stimmen dieser Aussage voll und ganz zu, weitere 38 Prozent tun dies einigermaßen. Dieses Statement erhält somit eine deutlich höhere Zustimmung als die Aussage, dass starke Persönlichkeiten für die Demokratie wichtiger sind als Parteien (23% stimmen "voll und ganz" zu, 37% "einigermaßen"). Dennoch wird auch diese zweite Meinung mehrheitlich unterstützt; somit scheint auch den politischen Persönlichkeiten ein gewisser Stellenwert in der Demokratie eingeräumt zu werden.
- Wie dieser empirische Befund bereits zeigte, wird der Demokratie eine sehr hohe Bedeutung in Österreich beigemessen. Allerdings haben zwei Drittel der Österreicher zumindest einigermaßen den Eindruck, dass **aktuell zu wenig demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten** vorhanden sind und dementsprechend mehr Volksabstimmungen usw. benötigt werden (35% "voll und ganz", 33% "einigermaßen").
- Vier Fünftel der österreichischen Bevölkerung schreiben auch den **Bundesländern und Gemeinden eine zentrale Rolle für den Wirtschaftsstandort Österreich** zu. Im Detail stimmen 32 Prozent der Befragten voll und ganz und weitere 46 Prozent einigermaßen der folgenden Aussage zu: "Die Bundesländer und Gemeinden schaffen eine Vielfalt und unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten, die die Qualität Österreichs als Wirtschaftsstandort sichern".
- Im Hinblick auf die Autonomie unterstützt die Bevölkerung mehrheitlich die Ansicht, dass die **Selbstbestimmung** sowohl der **Bundesländer und Gemeinden auf Bundesebene** als auch der **Mitgliedsstaaten auf EU-Ebene** in ihrer bisherigen Form **beibehalten** werden soll. Dementsprechend werden die beiden folgenden Aussagen mehrheitlich nicht befürwortet: "Die Bundesregierung sollte mehr Entscheidungsmacht bekommen, ohne Rücksicht auf die Bundesländer und Gemeinden" und "Die EU sollte mehr Kompetenzen bekommen und mehr entscheiden können".
- Dementsprechend sprechen sich die Untersuchungsteilnehmer in einer weiteren Frage **im Verhältnis von 57 zu 15** dafür aus, dass die **Bundesländer ihre Angelegenheiten selbst regeln sollen** und diese nicht zentral in Wien geregelt werden sollen.